
VEREINIGUNG VON FREUNDEN
DER
TECHNISCHEN HOCHSCHULE
ZU DARMSTADT E. V.

JAHRESBERICHT
1984

Zu Punkt 1 der Tagesordnung Beratungen des Vorstandsrates begrüßt der Vorsitzende des Vorstandsrates, Herr Professor Dr.-Ing. Walter Rohmert, die Anwesenden. Eine Niederschrift über die Sitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Bericht

Zu Punkt 2 der Tagesordnung Eröffnung der Mitgliederversammlung, Bericht über das Vereinsjahr 1983/84 durch den Vorsitzenden der Vereinigung, Herr Dr. Dr. E. h. Dr. phil. h. c. Dr. rer. pol. Kurt Werner, folgendes aus:

Tagesordnung

1. Beratung des Vorstandsrates unter Leitung seines Vorsitzenden:
Professor Dr.-Ing. Walter Rohmert
a) Ehrungen herzlich willkommen.
b) Bewilligungen Ich bin froh, daß die Einladungen form- und fristgerecht erfolgt sind und die Hauptversammlung damit beschlußfähig ist.
2. Eröffnung der Mitgliederversammlung,
Bericht über das Vereinsjahr 1983/84
Dr.-Ing. E. h. Dr. phil. h. c. Dr. rer. pol. Kurt Werner
Vorsitzender der Vereinigung
In vielen Sitzungen durfte ich Sie als unseren neuen Ehrenmitglied, Ihnen Bericht über das Vereinsjahr 1983/84 der Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft vom 2. bis zum 1. Dezember 1983 vorlegen. Ab diesem Tag, also ab Februar 1982, bis Ende Dezember 1983, leiten Sie Vorsitzender unserer Vereinigung.
3. Erstattung der Jahresrechnung
Ehrensator Dr. rer. nat. Franz Wenzel
Schatzmeister und Schriftführer der Vereinigung
In vielen Sitzungen durfte ich Sie als einen besonders klugen, abwägenden und kompetenten Rechner über die Erreichung unserer Ziele versichern. Ihnen werde ich mich sehr freuen, wenn Sie die Arbeit unserer Arbeit gewährt werden.
4. Bericht der Rechnungsprüfer
Abstimmung über den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes
In vielen Sitzungen durfte ich Sie als einen besonders klugen, abwägenden und kompetenten Rechner über die Erreichung unserer Ziele versichern. Ihnen werde ich mich sehr freuen, wenn Sie die Arbeit unserer Arbeit gewährt werden.
5. Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat
Wahl der Rechnungsprüfer
Beginnen Sie mit dem Dank für ihr Erscheinen.
den Abgeordneten des Europaparlaments, Herrn Salmer, Frau Ruth Wagner, Frau Dr. phil. h. c. Dr. rer. pol. Helmut Böhme, Herrn Stroth, und last but not least, den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Herrn Dr. Werner.
7. Verschiedenes
Ein besonderer Dank gilt auch den Vertretern der Presse, verbunden mit dem Dank für die Unterstützung und die Sorge, die wir gemeinsam dienen wollen, Förderlicher.
8. Festvortrag:
Architektur der Zeit – Zeit der Architektur?
Professor Dipl.-Ing. Max Bäcker

Ort: Großer Hörsaal der Architektur, Fachbereich 15, Technische Hochschule Darmstadt, Petersenstraße 15

Zeit: 14.15 Uhr

Anwesend: Etwa 127 Mitglieder und Gäste

Zu Punkt 1 der Tagesordnung **Beratungen des Vorstandsrates** begrüßt der Vorsitzende des Vorstandsrates, Herr Professor Dr.-Ing. Walter Rohmert, die Anwesenden. Eine Niederschrift über diese Vorstandsratsitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: **Eröffnung der Mitgliederversammlung, Bericht über das Vereinsjahr 1983/84** führt der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Dr. Dr. E. h. Dr. h. c. Kurt Werner, folgendes aus:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zur 59. Hauptversammlung der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt e. V., unserer Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft, heiße ich Sie alle sehr herzlich willkommen.

Ich darf zunächst feststellen, daß die Einladungen form- und fristgerecht erfolgt sind und die Hauptversammlung damit beschlußfähig ist.

Mein besonderer Gruß gilt heute an erster Stelle unserem neuen Ehrenmitglied, Ihnen, lieber Herr Dr. Toeller. Sie gehören der Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft als Mitglied seit dem 12. Januar 1968 an. Dem Vorstandsrat gehörten Sie vom 24. Mai 1968 bis zum 4. Februar 1972 an. Ab diesem Tag, also ab Februar 1972, bis Ende Dezember 1981 waren Sie Vorsitzender unserer Vereinigung. Von diesem Zeitpunkt an wiederum bis heute haben Sie als Mitglied des Vorstandes wesentlich dazu beigetragen, daß die Kontinuität unserer Arbeit gewahrt werden konnte.

In vielen Sitzungen durfte ich Sie als einen besonders klugen, abwägenden und konstruktiv denkenden Berater für die Erreichung unserer Ziele kennenlernen. Ihnen heute, im Namen aller Mitglieder, ein herzliches Dankeschön zu sagen, ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis. Mögen viele weitere gute Jahre vor Ihnen liegen, und mögen Sie auch in Zukunft uns begleiten bei der Arbeit für unsere TH Darmstadt.

Begrüßen darf ich außerdem mit besonderem Dank für ihr Erscheinen: den Abgeordneten des Europa-Parlaments, Herrn Sälzer; Frau Ruth Wagner, eine, ich darf dies sagen, nicht altersmäßig, aber sonst, alte Freundin unserer Vereinigung; als Vertreter des Magistrats der Stadt Darmstadt, Herrn Stroh, und last but not least, den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Herrn Dr. Ropertz.

Ein besonderer Gruß gilt auch den Vertretern der Presse, verbunden mit dem Dank für ihre objektive und der Sache, der wir gemeinsam dienen wollen, förderlichen Berichterstattung.

Bevor ich Ihnen einen Bericht über das Vereinsjahr 1983/84 gebe, wollen wir gemeinsam unserer Toten gedenken.

Es verstarben:

Die Vorstandsratsmitglieder:

Dr. jur. Hermann Neuschäffer, Rechtsanwalt u. Notar, Darmstadt

Dipl.-Ing. Ott-Heinrich Blaum, Darmstadt

Prof. Dr.-Ing. Gert Fesel, Darmstadt

und die Mitglieder:

Prof. Dr.-Ing. E. h. Eduard Gerecke, Benglen/Schweiz

Geo Wiest, Darmstadt

Dr. jur. Hans Balling, Darmstadt

Wilhelm Klein, Rechtsanwalt und Notar, Darmstadt

Dipl.-Ing. Hans Kurth, Berlin

Dipl.-Ing. Harald Petersen, Hamburg

Dipl.-Ing. Ludwig Wittmann, Bundesbahndirektor i. R., Darmstadt

Prof. Dr. med. Asmus Vöge, Darmstadt

Prof. Waldemar Grzimek, Berlin

Prof. Dr. jur. Dietrich Schultz, Saarbrücken

Prof. Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. Fritz Nallinger, Stuttgart

Dr.-Ing. Dipl.-Ing. Rudolf Schinn, Ahrensburg

Dipl.-Ing. Erich Weintraut, Frankfurt/M.

Prof. Dr. Heinrich Graf, Darmstadt

Hans Diefenbach, Darmstadt

Prof. Dr. Karl Klotter, Karlsruhe

Prof. Dr. Hans Gerger, Darmstadt

Prof. Dr. Ernst Becker, Darmstadt

Dr. Arnold Binder, Aschaffenburg

Dipl.-Ing. Hanns Engelhardt, Obertshausen

Wir werden den verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Teilnahme gehört ihren Angehörigen.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren,

zu Beginn des Berichtsjahres, also am 1. April 1983, hatte unsere Vereinigung 1524 Mitglieder, am Ende des Berichtsjahres, also am 31. März 1984, 1526.

90 Neumitgliedern stehen 70 Austritte und 18 verstorbene Mitglieder gegenüber. Der Mitgliederstand Mitte Oktober 84 liegt bei 1539.

Es sollte uns dies allen Anreiz sein, Mitglieder zu werben, denn es wäre erfreulich, wenn wir am Ende dieses Vereinsjahres einen Zuwachs verweisen können, der doch wesentlich über den jetztgenannten einkommassoundsoviel Prozent liegt.

Im Berichtsjahr 1983/84 fanden zwei Vorstandssitzungen statt, am 13. Juni 1983 und am 22. August 1983. In der Sitzung am 22. August wurden die Anträge, die zu den Bewilligungen durch den Vorstand und heute auch durch den Vorstandsrat führten, behandelt.

Meine Damen und Herren,
auch in den kommenden Monaten und Jahren sind wir aufgerufen, alles zu tun, um unserer Technischen Hochschule in Darmstadt zur Seite zu stehen bei der Bewältigung der Aufgaben, die letztlich die Zukunft unseres Landes positiv prägen können.

Damit es zu einer solch positiven Prägung kommt, bedarf es unseres besonderen Einsatzes, um Forschung auch da zu ermöglichen, wo leere Kassen der öffentlichen Hände nicht zur Verfügung stehen.

Daß die derzeitige Situation für die Hochschulen und Universitäten in Hessen mehr als unbefriedigend ist, brauche ich wohl in diesem Kreise nicht zu erwähnen. Wir zumindest wollen und dürfen nicht resignieren und uns auch nicht auf leere Worte beschränken.

„High Tech“ ist in aller Munde. Neue Technologien werden als Garanten für Prosperität der deutschen Wirtschaft, als Mittel zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und als Schlüssel zur Behauptung und Erweiterung unserer Absatzmärkte über die 90er Jahre hinaus angesehen.

Technologieprogramme werden verabschiedet, Technologie-Parks werden nach amerikanischem Vorbild eröffnet oder sind in Planung.

„Silicone Valley“ wurde zum Zauberstab für die Lösung der hier angesprochenen Probleme. Ob Bayern, Nordrhein-Westfalen, ob Baden-Württemberg oder Berlin oder andere deutsche Bundesländer, sie alle wetteifern miteinander, um erste Resultate dort entwickelter Spitzentechnologie vorweisen zu können. Oft leichtfertig und gelegentlich sogar rufschädigend wird in diesem Zusammenhang von der Technologie-Lücke zu USA und Japan gesprochen. Auch da, wo diese Lücke überhaupt nicht besteht. Denn so wie die Amerikaner oder Japaner auf einigen Teilgebieten die Nase vorne haben, können auch wir mit Fug und Recht gleiches von uns auf anderen Gebieten sagen. Es stellt sich die Frage, was wollen wir in den geplanten Technologie-Parks durch wen entwickeln lassen?

Ganz zweifellos müssen wir im Interesse der Haltung unserer Spitzenstellung in der Welt und im Interesse der Wiedergewinnung des Anschlusses an Industrien in anderen Ländern, da wo notwendig, größte Anstrengungen unternehmen.

Daß die Forschung hierbei an erster Stelle zu nennen ist, steht außer Zweifel. Aber Forschung ohne hochqualifizierte Forscher würde den ehrgeizigen Zielen, auch bei noch so mutigen Taten, niemals gerecht werden können.

Die USA als ein Land, in dem man sich in allen Bereichen, bei Arbeitern wie bei Angestellten, bei Beamten wie bei Wissenschaftlern, voll Stolz zu einer Elite bekennt und diese Elite bewundert, fördern natürlich auch mit Enthusiasmus den wissenschaftlich-elitären Nachwuchs, den sie aus einem schier unerschöpfli-

chen Reservoir hervorragender Lehranstalten und privater Forschungsinstitutionen beziehen.

Sicherlich ist es wünschenswert — hierauf habe ich bereits in einer früheren Hauptversammlung unserer Vereinigung verwiesen — Bildung auf eine breite Basis zu stellen und einer größeren Zahl junger Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Qualifikationen und damit ihre Persönlichkeit generell sowie ihre berufliche und damit verbunden, ihre wirtschaftliche Position zu verbessern. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der Förderung von Spitzenkräften geschehen, die wir dringend benötigen, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen, und um die gegenwärtigen Anstrengungen nicht ins Leere laufen zu lassen.

Spitzentechnologie ist kein Breitensport, kein geistiges „Jogging“ oder „Aerobic“, das man mal eben als neue Idee unter die Leute trägt, sondern ein ernsthaftes und nur von wenigen einzusetzendes Instrument zur Sicherung unserer industriellen und wirtschaftlichen Zukunft.

Und wenn beides, Förderung der Qualität und Förderung der Quantität, nebeneinander wegen der Begrenztheit der finanziellen Mitteln nicht möglich ist, so dürfen die Abstriche — hält man sich die hohen Ziele vor Augen — jedenfalls nicht in erster Linie bei der Spitzenförderung gemacht werden.

Wie sehr gewisse Kreise aber gerade dies auch politisch in Frage zu stellen versuchen, zeigt sich in dem Geschwätz von der „Ellenbogen-Gesellschaft“ immer da, wo Leistung oder leistungsgerechte Behandlung verlangt oder auch nur diskutiert wird.

Die Länder als Träger unserer wissenschaftlichen Hochschulen tragen letztlich die Verantwortung dafür, daß der wissenschaftliche Nachwuchs den hohen Erwartungen und Anforderungen, der künftig an ihn gestellt werden wird, gerecht wird.

Unsere Vereinigung, die Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft, als Förderkreis einer dieser Institutionen, kann nur ergänzend helfen, d. h. nur in besonderen Fällen und nur schwerpunktmäßig mit Rat und Tat eingreifen.

Ich darf an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, allen Mitgliedern und Freunden herzlich zu danken für ihr persönliches und für ihr finanzielles Engagement, das es ermöglicht hat, Forschungsvorhaben zu unterstützen, für die staatliche Mittel nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren.

An die öffentliche Hand muß die Aufforderung gerichtet werden, die Mittel für die Ausbildung allgemein und die Hochschulen im besonderen mindestens zu halten und, wo nötig, zielgerichtet in Form einer auf die Sicherung unserer technologischen Zukunft ausgerichteten Politik zu verstärken.

Eine Kürzung dieser Etats darf nicht im Vorgriff auf sinkende Studentenzahlen vorgenommen werden, sondern erst dann, wenn die Entlastung durch die demographischen Gegebenheiten tatsächlich eintritt, und dann auch nur insoweit, wie die Erreichung dieser genannten, für unsere Volkswirtschaft überlebensnotwendigen, Ziele nicht in Frage gestellt wird.

Ich meine, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Aufbruchstimmung in Richtung neuer Technologien auf die Konsequenzen, die sich daraus für Forschung und

Lehre ergeben, hinzuweisen war, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich diese einfachen Erkenntnisse auch bei denjenigen Personen durchsetzen, die letztlich die Fäden in der Hand halten. Nichts ist einfacher, als zur neuen Technik nein zu sagen, und dieses nein nicht einmal zu begründen. Bevor ich nun unserem verdienten Schatzmeister, Herrn Ehrensenaor Dr. Wenzel, zur Erstattung der Jahresrechnung das Wort erteile, möchte ich Herrn Dipl.-Volkswirt Christian Eckardt, der uns bis zum 31. März 1984 als Geschäftsführer zur Verfügung stand, und Herrn Bankdirektor Karl Schönberger, seit 1. April 1984 unser Geschäftsführer, sowie Frau Erika Schober unseren allerherzlichsten Dank sagen für ihre Tätigkeit.

3. Erstattung der Jahresrechnung

Ehrensenaor Dr. rer. nat. Franz Wenzel
Schatzmeister und Schriftführer der Vereinigung

Herr Präsident,
Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,
erfreulicherweise kann ich auch in diesem Jahr meinen Bericht wieder mit der Feststellung beginnen, daß wir in dem abgelaufenen Vereinsjahr im großen und ganzen mit der Entwicklung zufrieden sind. Dabei möchte ich meinen Bericht in drei Abschnitte unterteilen:

Im ersten Teil will ich Sie über die empfängerbestimmten Spenden, die wir treuhänderisch verwalten, unterrichten. Der zweite Teil betrifft den Punga-Nachlaß und dessen Erträge, und der dritte Teil informiert Sie über die Mittel, über die die Vereinigung ohne Einschränkung verfügen kann.

Der Rückgang der **empfängerbestimmten Spenden**, über den ich im vergangenen Jahr bereits berichten mußte, hat sich auch in diesem Jahr bedauerlicherweise fortgesetzt. Wir konnten 639 000 DM empfängerbestimmter Spenden in Empfang nehmen gegenüber 649 000 DM im Vorjahr, und im Jahr, das noch weitere 12 Monate zurückliegt, waren es 702 000 DM. Auch die Abrufe der eingegangenen Gelder hat sich naturgemäß vermindert. Auf Abruf zahlten wir in diesem Jahr 626 000 DM aus; im Vorjahr waren es noch 698 000 DM gewesen. Die Vermögenserträge aus dem **Punga-Nachlaß** haben sich durch Umschichtung der Vermögensanlagen von 24 000 DM im Vorjahr auf 37 000 DM im Berichtsjahr erhöht. Im Gegensatz zum vorigen Jahr, für das keine Bewerbungen mit den erforderlichen Voraussetzungen vorlagen, konnten wir im Berichtsjahr eine Studienhilfe in Höhe von 3750 DM gewähren.

Im Gegensatz zu den empfängerbestimmten Spenden ist die Entwicklung bei den **frei verfügbaren Mitteln** im abgelaufenen Geschäftsjahr durchaus positiv verlaufen. Die frei verfügbaren Einnahmen sind von 428 000 DM auf 452 000 DM gestiegen. Erheblichen Anteil haben an dieser Veränderung die Mitgliedsbeiträge, die von 94 000 DM sich auf 113 000 DM erhöhten. Aber auch die

Vermögenserträge stiegen von 275 000 DM auf 280 000 DM. Die frei verfügbaren Spenden erreichten fast genau wieder die Höhe des Vorjahres, nämlich 59 000 DM.

Unter diesen Voraussetzungen hatten wir keine Schwierigkeiten, die ausgesprochenen Bewilligungen, die sich auf 316 000 DM beliefen, zu finanzieren. Für Verwaltungskosten hatten wir 33 000 DM aufzubringen, im Vergleich zum Vorjahr waren dies 6000 DM mehr. Für Veranstaltungen waren es 8000 DM gegenüber dem Vorjahr, bei dem sich dieser Betrag auf 11 000 DM belief. Insgesamt war aus den frei verfügbaren Mitteln im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Ausgaben-summe von 357 000 DM zu finanzieren, im Vorjahr waren es insgesamt 375 000 DM gewesen.

Die Vermögensübersicht sah zum Ende des abgelaufenen Jahres wie folgt aus: Das Bruttovermögen ist von 4 683 000 DM auf 5 027 000 DM angestiegen. Die noch nicht abgerufenen Bewilligungen erhöhten sich leicht von 104 000 DM auf 117 000 DM. Die nicht frei verfügbaren Mittel erhöhten sich von 1 561 000 DM auf 1 627 000 DM. Damit verbleibt ein Nettovermögen, über das die Vereinigung frei verfügen kann, in Höhe von 3 283 000 DM, am Ende des vorausgegangenen Berichtsjahres war dieser Betrag noch 3 018 000 DM.

Der Ihnen vorgetragene Jahresabschluß wurde von der Zentralabteilung Interne Revision der Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Wie in jedem Jahr möchte ich auch von dieser Stelle der Firma Brown, Boveri wieder unseren Dank aussprechen.

Ebenso möchte ich auch den Mitgliedern für die im abgelaufenen Jahr gewährte Unterstützung meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte läßt nicht erwarten, daß in naher Zukunft die staatlichen Mittel wieder reichlicher fließen; eher ist wohl das Gegenteil zu befürchten. Daher möchte ich Sie auch heute wieder bitten, uns in unserem Bemühen, der Hochschule rasch und unbürokratisch zu helfen, zu unterstützen.

Zum Schluß meines Berichtes möchte ich der Mitarbeiterin der Vereinigung, Frau Schober, meinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Mein Dank, und ich wiederhole das, was der Vorsitzende schon gesagt hat, gilt auch unserem früheren Geschäftsführer, Herrn Eckardt, der mit Ablauf des Berichtsjahres ausgeschieden ist, und Herrn Schönberger, der dieses Amt seit dem 1. April innehat.

Herr Dr. Werner erwidert:

Ich darf zunächst Ihnen, lieber Herr Wenzel, nochmals sehr herzlich danken für den überaus erfreulichen Bericht und hoffen, daß im nächsten Jahr er noch erfreulicher ausfällt.

Wir kommen nun zu Punkt 4 der Tagesordnung, dem Bericht der Rechnungsprüfer, und ich darf Herrn Direktor Schwarzkopf bitten, diesen Bericht zu erstatten.

Bericht der Rechnungsprüfer, Herr Bankdirektor Schwarzkopf

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wie Sie wissen, erstatten wir als Rechnungsprüfer immer abwechselnd diesen Bericht. Ich kann wieder nur sagen, es ist ein Vergnügen, Rechnungsprüfer bei einer Vereinigung zu sein mit diesem finanziellen Standing und einer ausgezeichneten Buchhaltung. Gleichwohl haben wir sorgsam geprüft und über unsere Prüfung folgenden Bericht erstattet:

Aufgrund des in der Hauptversammlung vom 18. November 1983 gegebenen Auftrages haben die Unterzeichner, Joachim Schwarzkopf und Jürgen Wilke, am 11. Oktober 1984 die Jahresrechnung der Vereinigung geprüft. Wir konnten uns auf den vorliegenden ausführlichen Prüfungsbericht der Brown, Boveri & Cie., Zentralbereich Interne Revision, stützen, der den ordnungsgemäßen Nachweis der Vermögenswerte sowie der Einnahmen und Ausgaben feststellt. Wir haben die satzungsgemäße Bewilligung der Mittel und deren Verwendung inklusive der freien und empfängerbestimmten Spenden stichprobenweise geprüft einschl. der Abwicklung über die Konten. Es ergaben sich auch in diesem Jahr keine Beanstandungen. Wir haben im Namen der Vereinigung, aber auch im eigenen Namen, Herrn Dr. Wenzel, Frau Schober, Herrn Eckardt und Herrn Schönberger für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit zu danken.

Meine Damen, meine Herren,
es ist üblich, hier, daß der Rechnungsprüfer auch den Antrag auf Entlastung des Vorstandes stellt. Ich möchte diesen Antrag verbinden mit dem herzlichen Dank für den Vorstand, der hier wirklich ausgezeichnete und sachgerechte Arbeit leistet.

Die Entlastung des geschäftsführenden Vorstands wird, unter Stimmenthaltung der Betroffenen, einstimmig angenommen.

Herr Dr. Werner dankt den Rechnungsprüfern, Herrn Bankdirektor Schwarzkopf und Herrn Bankdirektor Wilke, für die geleistete Arbeit und für den Bericht.

Er stellt fest, daß die beiden Herren bereit sind, ihr Amt weiter wahrzunehmen. Sie werden mit einem einstimmigen Votum wiedergewählt und nehmen die Wahl an.

Herr Dr. Werner gratuliert Herrn Schwarzkopf und Herrn Wilke zu ihrer Wiederwahl und dankt für ihre Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit.

5. Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat

Zur Wiederwahl für den Vorstand stehen an die Herren:

Ehrensensator Dr. rer. nat. Franz Wenzel,
Geschäftsführer der Röhm GmbH, Darmstadt,
Schatzmeister und Schriftführer der Vereinigung, sowie
Professor Dr. jur. Paul Hofmann, Darmstadt.

Zur Neuwahl wird vorgeschlagen:

Professor Dr.-Ing. Karl-Ludwig Plank,
Mitglied der Geschäftsleitung der Telefonbau und Normalzeit GmbH,
Frankfurt/M.

Für die Herren werden 54 Stimmen ohne Vorbehalt und 1 Stimme mit
Änderungsvorschlag abgegeben.

Zur Wiederwahl für den Vorstandsrat stehen an die Herren:

Wilfried Braun, Königstein

Dr. Heinz Günther Brandt, Leiter der Forschung der Messer Griesheim GmbH,
Frankfurt

Ehrensator Dipl.-Ing. Hans Fritz Fischer, Weisenbachfabrik

Dipl.-Ing. Alfons Griesdorn, Geschäftsführer der Resopalwerke

H. Römmler GmbH, Groß-Umstadt

Dr.-Ing. Wilfried Krabbe, Vorstandsmitglied der Philipp Holzmann AG, Frankfurt

Dr.-Ing. Fritz Meyercordt, Düsseldorf

Dipl.-Ing. Udo Passavant, Geschäftsführer der Passavantwerke, Aarbergen

Dipl.-Ing. Rolf Prange, Darmstadt

Dr. Jürgen Schaafhausen, Mitglied des Vorstandes der Höchst AG, Frankfurt

Dipl.-Kfm. Manfred G. Schneider-Rothhaar, Mitglied des Vorstandes der
Deutschen Länderbank AG, Frankfurt, und

Dr. Hugo Graf Walderdorff, Direktor der Deutschen Bank AG, Frankfurt.

Soweit die vorgeschlagene Wiederwahl.

Nun zu den Neuwahlen. Wir schlagen hier vor:

Dipl.-Ing. Guntram Huber, Direktor Bereich Entwicklung PKW-Aufbauten/
Entwicklung/Stilistik der Daimler Benz AG in Sindelfingen,

Dr. Hans Messer, Präsident der Industrie- und Handelskammer, Frankfurt, und

Dr. Norbert Weiden aus Darmstadt.

Die zuständigen Gremien der Technischen Hochschule haben entsprechend
unserer Satzung für die neue Amtsperiode folgende Herren in den Vorstandsrat
delegiert:

Professor Dr. phil. Karl Otmar Freiherr von Aretin

als Vertreter der Fachbereiche 1 – 3

Professor Dr.-Ing. Dietmar Groß

als Vertreter der Fachbereiche 4 – 6

Professor Dr. rer. nat. Karl-Heinz Lieser

als Vertreter der Fachbereiche 7 – 9

Professor Dr. phil. Heiner Knell

als Vertreter des Fachbereichs 15

Professor Dr.-Ing. Robert Piloty

als Vertreter der Fachbereiche 19 und 20

Für die Herren werden 56 Stimmen ohne Vorbehalt abgegeben.

Herr Dr. Werner stellt fest, daß alle Vorgeschlagenen gewählt wurden und der
neue Vorstand und Vorstandsrat damit feststeht.

6. Bericht des Präsidenten der Technischen Hochschule Professor Dr. phil. Helmut Böhme

Meine Damen und Herren,
daß es für die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt seit etlichen Jahren wieder zur Selbstverständlichkeit geworden ist, ihre Jahresversammlung in der Technischen Hochschule abzuhalten, verstehe ich als ein gutes Signal für gegenseitiges Interesse, für das Bedürfnis nach Information, nach Gespräch. Ich freue mich, Sie heute wieder als unsere Gäste begrüßen zu dürfen und hoffe, daß Ihr Besuch in den Bereichen Bauingenieurwesen und Architektur — renommierte Gebiete, die, allen Problemen zum Trotz, erheblichen Anteil am guten Ruf unserer Hochschule haben — Ihnen aufschlußreiche Einblicke in unsere technische und künstlerische Arbeit vermittelt. Und ich freue mich besonders, daß Sie jetzt in der Architektur tagen: denn das ist eines jener sehr lebendigen Elemente unserer Hochschullandschaft. Nirgendwo sonst ist Ingenieurmäßiges und Kreativ-Künstlerisches so aufeinander angewiesen und bildet — wenigstens können wir das aus der Geschichte der Hochschule ablesen — schöpferische Impulse. Auch ist die Architektur wieder zu einem Bereich der kreativen Unruhe und nicht nur der Hektik geworden.

Die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Darmstadt hat uns auch in diesem Jahr Unterstützung und Hilfe zuteil werden lassen, für die ich Ihnen, auch im Namen unserer Wissenschaftler, die davon profitieren, herzlich danke. Sie wissen, daß die finanzielle Lage der Universitäten durch die steigenden Studentenzahlen, die zusammenfallen mit den nach wie vor gegebenen Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, schwierig ist. In dieser Situation wissen wir es zu schätzen, daß wir von Ihnen Zuwendungen erhalten, Starthilfen, die unbürokratische Überbrückung für kleinere und größere Forschungsprojekte darstellen und die Durchführung und den Abschluß mancher Arbeiten erst ermöglichen. Besonders dankbar bin ich, daß der Vorstand den Startschuß in der Ergänzung bei den Terminals und Rechner gegeben hat. Das ist wirklich ein Segen gewesen. Und daß Sie nun ein Zeichen geben, etwas gegen unsere Büchermiserie zu tun, dafür danken wir Ihnen herzlich.

Ihnen sehr verehrter Herr Dr. Werner, und den Mitgliedern des Vorstandes der Vereinigung gilt mein Dank für das Vertrauen, das Wohlwollen, das Sie mir und meiner Amtsführung entgegenbringen. Ich hoffe, daß die Zusammenarbeit zwischen der Hochschule und ihren Freunden auch in Zukunft von wechselseitigem Interesse und Verständnis getragen sein wird. Ich bitte Sie, uns weiterhin durch Ihre Fürsprache, Ihre Teilnahme an unseren Sorgen und Erfolgen, durch Ihre Anregungen, Ihre Kritik zu unterstützen und zu fördern.

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen berichtet, wie unsere Arbeit durch die besondere Situation des Landes Hessen beeinflußt wurde. Auch der größte Teil dieses Jahres wurde durch die Unsicherheiten einer nicht voll handlungsfähigen, weil nur geschäftsführenden Landesregierung bestimmt, die die ungewöhnliche Lage jedoch mit der Ausschöpfung ihrer bürokratischen Möglichkei-

ten, zumindest was den Verlauf der Arbeit anbetrifft, meisterte. Uns wurde zwar Flexibilität und ziemlich viel zusätzliche Arbeit abgefordert, aber wir haben doch keine einschneidenden Restriktionen hinnehmen müssen, was die laufenden Mittel anbetraf. Aber wir haben auch außerordentliche Probleme gehabt, weil dieses Land nichts Innovatives, keinerlei nach vorne weisende Investitionen machen konnte.

Ende Dezember 1983 wurde die vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung folgendermaßen geregelt: Personalmittel wurden bis zur Höhe des Vorjahresansatzes freigegeben. Bei den laufenden Sachausgaben belief sich der vorläufig genehmigte Ansatz auf 80 %, bei den Investitionsmitteln auf 70 % der Ausgaben von 1983. Wir haben also ein Jahr ohne richtige Entscheidung begonnen, und wir haben im Jahr 83 auch ohne Ausführungsbestimmungen zum Haushalt gearbeitet. Nachdem nun die neue Landesregierung am 4. Juli 1984 vereidigt war, trafen — verzögert durch die Teilung des ehemaligen Kultusministeriums und durch den Druckerstreik — erst Mitte September die Freigabevermerke der Mittel ein und erst Mitte September die Anweisungen für eine ordnungsgemäße Haushaltsführung, die aber ständig wieder modifiziert wurden. Im großen und ganzen wurde 1984 der 1983er Haushalt fortgeschrieben. Leider fiel die Erhöhung der Mittel für Forschung und Lehre trotz gestiegener Kosten und wachsender Studentenzahlen mit 137 000 DM recht bescheiden aus, aber wir sind dankbar für jede Mark. Besonders schmerzlich bekamen wir zu spüren, daß es für die Bezahlung wissenschaftlicher und studentischer Hilfskräfte und Tutoren keine Mark mehr gab. Sogar weniger.

Trotzdem ist es gelungen, in diesem letzten Jahr, gewisse Probleme bei der Fachbereichsentwicklung anzugehen. Um Ihnen dieses einmal konkreter zu sagen, möchte ich kurz die Fachbereichsentwicklung, so wie ich sie momentan sehe, umreißen.

Im Fachbereich 1, dem Träger der Wirtschaftsingenieur- und Wirtschaftsinformatikausbildung, haben wir in den letzten Jahren eine außerordentlich schwierige Situation gehabt. Wir waren durch Wegberufungen in der Betriebswirtschaftslehre weitgehend „entblößt“. Wir haben jetzt nach langen Verhandlungen und mehrfach erfolglosen Berufungslisten die Lücken endlich wieder schließen und die freien Stellen besetzen können. Ich hoffe, daß nun der Fachbereich zueinander findet, daß er Schwierigkeiten und Probleme lösen kann, und daß endlich auch die notwendige Studienreformorganisation vorangetrieben werden kann. Im Fachbereich 2 wurde es uns leider nur durch den Tod eines Kollegen ermöglicht, daß wir die Alte Geschichte wieder einrichten konnten, um wenigstens die Grundangebote in Geschichte an der Hochschule zu haben.

Im Fachbereich 3, Pädagogik, Sport und Psychologie, ist es gelungen, die Psychologie weiterzuentwickeln. Allerdings stehen in diesem Fachbereich noch große Probleme an, da das Lehrangebot aufgrund des gravierenden Rückgangs der Lehrerstudenten umstrukturiert werden muß.

Im Fachbereich 4, der Mathematik, sind die Arbeitsgruppen erhalten geblieben, allerdings unter Einbußen an Ausstattung und wissenschaftlicher Schlagkraft.

Eine Arbeitsgruppe konnte noch „ausgebaut“ werden, nicht im Sinne allerdings eines Stellenzuwachses, sondern durch die Gewinnung einer anerkannten Forscher- und Lehrpersönlichkeit.

Im Fachbereich 5, der Physik, haben sich die drei von der Forschung geprägten Schwerpunkte entwickelt und stabilisiert, vor allem ist es gelungen, nun den LINAC, die erneuerte und modernisierte Version unseres Linearbeschleunigers, soweit voranzutreiben, daß wir jetzt dann dieses Großgerät für die Grundlagenforschung einsetzen können. Gerade in der Mathematik und der Physik wirken sich die steigenden Studentenzahlen aus, da diese Fächer auch in der Grundausbildung der Ingenieure beansprucht sind. Hier fehlt nur die flexible Masse sehr.

Für die Fachbereiche 7 – 9, das ist die Chemie, genügt eigentlich ein Satz: überall weniger, kräftig mehr nur im studentischen Bereich. Trotzdem müssen diese Fachbereiche, da wir jetzt tatsächlich den lange erstrittenen Neubau bekommen sollen, vorausdenken, ein künftiges forschungsgeprägtes Konzept entwickeln. Die Biologie konnte behutsam vorgebracht und in der Ausstattung weitgehend erhalten werden.

Dasselbe kann ich von den Disziplinen, die dann folgen, sagen: Geologie, Geographie, Vermessungswesen, Bauingenieurwesen. Auch hier sind jedoch Probleme bei der Wiederbesetzung, bei der Freigabe nicht gelöst. Immerhin zeichnen sich bei freigeordneten Professuren zum Teil interessante Akzentsetzungen ab.

Den tiefgreifendsten, zugleich in einer Zeit der Knappheit wohl schwierigsten, Umbau hat der Fachbereich 16, Maschinenbau, zu leisten. In zwei großen Wellen werden zwei Drittel der Kollegen in den Ruhestand gehen. Das bedeutet, daß jetzt für die nächsten Jahre das Gesicht des Maschinenbaus in Darmstadt bestimmt werden muß.

Den Fachbereichen 17 – 19 ist es gelungen, einige ihrer Laborprobleme zu lösen.

In der Informatik haben wir die Schwierigkeiten noch nicht im Griff. Das liegt aber nicht so sehr am fehlenden Geld und auch nicht so sehr am Mangel zusätzlich zur Verfügung gestellter Professuren. Es liegt vor allem daran, daß in diesem Gebiet, das so modisch geworden ist, die manpower kritisch wird. Wir haben nicht die personale Substanz, um qualifiziert die neuen Professuren mit entsprechender Ausstattung zu besetzen. Professuren bereitzustellen nützt halt nichts, man muß auch die Reserve haben.

Noch haben wir den Gipfel des „Studentenberges“ nicht erreicht. Er wird zwar nach neuesten Prognosen etwas später überschritten werden, nicht ganz so hoch sein wie erwartet, dafür aber etwas breiter ausfallen. In dem Wintersemester 1984/85, das vor wenigen Wochen begonnen hat, ist die Gesamtzahl unserer Studierenden trotz leichter Rückgänge bei den Studienanfängern erstmals über 15 000 gestiegen – wir rechnen, daß sie etwa 15 300 erreichen wird –, wobei die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge wiederum besonders stark nachgefragt waren. Allerdings wirkt sich der von den Hochschulen selbst verwal-

tete Numerus clausus in diesen Fächern so aus, daß zu Beginn des Verfahrens viele Bewerber abgewiesen werden müssen und am Ende noch freie Studienplätze vergeben werden können, weil sich viele Studienanfänger an mehreren Universitäten bewerben und eventuell mehrere Zusagen erhalten, nach ihrer Entscheidung den anderen Hochschulen dann aber nicht mitteilen, daß sie einen Studienplatz nicht in Anspruch nehmen wollen. An der THD sind dennoch in diesem Studienjahr in weiteren Studiengängen mehr Erstsemester eingeschrieben worden, als Studienplätze nach den Höchstlastbedingungen der Kapazitätsverordnung vorhanden waren.

Im amtlichen Sprachgebrauch heißt die Steigerung von Höchstlast kurioserweise Zusatzlast und verliert damit wenigstens verbal etwas von ihrem Schrecken. Um aber die Hochschulen nicht nur mit einer euphemistischen Bezeichnung zu trösten, bemüht sich die hessische Landesregierung — das ist durchaus nicht überall so —, durch „Anerkennungsprämien“ zu erreichen, daß besonders nachgefragte Studiengänge offengehalten werden können. Aus diesem Zusatzlastprogramm erhielt die THD 1984 knapp eine halbe Million DM mehr als im Vorjahr, aber leider keine Personalstellen; denn es gibt Bereiche, denen es noch schlechter geht als uns, vor allem an den Fachhochschulen. Insgesamt sinkt der Index „Personal- und Sachmittel pro Student“ seit Jahren, und niemand wird bestreiten können, daß abnehmende Betreuung und geringere Ausstattung negative Auswirkungen auf Lehre und Studium haben müssen. So unterliegt auch die Chancengleichheit inflationären Tendenzen. Ich kann Ihnen sagen, daß wir an den „Alarmmarken“, die vor 20 Jahren zu den Notprogrammen für die Universitäten geführt haben, schon längst vorbeigefahren sind. Wir sind mittlerweile dabei, Alarmmarken zu erreichen, die in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts während der Inflation unsere Hochschule geprägt haben. Wir haben noch nie schlechtere Relationen zwischen Studentenzahlen und wissenschaftlichem Personal gehabt. Normalerweise ist das Verhältnis für die deutschen Technischen Hochschulen 1:10 — es ist mal besser, mal schlechter —, aber wir liegen jetzt etwa bei 1:13 mit der Tendenz nach 1:14, 1:15.

Trotzdem anerkennen wir die Bemühungen der Landesregierung, wenigstens das Notwendige zu tun, uns über diese schwierigen Jahre hinwegzuhelfen. Hessen beginnt momentan, auf die technischen Herausforderungen und auch auf die rigorose Entwicklungshilfe anderer Bundesländer und des Bundesministers für Forschung und Technologie zu reagieren. Was in Bayern oder Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen unterstützend für Mikroelektronik, Informationstechnologie, Biotechnologie, Umweltforschung gemacht wird, versucht man nun zögernd auch hier zu entwickeln. Wenigstens ist Frau Rüdiger mit außerordentlichem Engagement bereit, auf diesem Gebiet gestaltend einzugreifen. Die hessischen Initiativen, zugleich auch Ergebnisse von „Koalitionsabsprachen“ zwischen SPD und Grünen, müssen auch eine Herausforderung gerade für Hessens einzige Technische Hochschule sein. Denn es genügt nicht, das leicht gesagte „Nein“ zur Kenntnis zu nehmen. Auch die Hochschule hat sich um die Gründe der jetzt entstandenen grünen Opposition zu kümmern. Wir müssen

dieses „Warum“ zur Kenntnis nehmen, aus diesem „Warum“ heraus unsere Position formulieren. Wir haben in Hessen eine gute Chance, die wir nützen. Wir sollten es, und wir tun es auch. Immerhin ist es gelungen, daß man Hochtechnologie nicht mehr als Schimpfwort behandelt. Man wird sich, auch in Hessen, wieder bewußt, daß man technisch verursachte Probleme nur mit besserer Technik, aber nicht mit Gesundheitserei lösen kann.

Ich hoffe, daß wir, 1985 beginnend, in Forschungsschwerpunkten gefördert werden. Bei der Formulierung dieser neuen Forschungsschwerpunkte werden, so läßt sich heute erkennen, landespolitisch relevante Probleme sicherlich im Vordergrund stehen. Die Förderung wird sich auf aktuelle, zumeist kurzfristig nicht lösbare Probleme konzentrieren, die im Zusammenhang mit der immer rascher fortschreitenden Technisierung aller Lebensbereiche entstanden sind. Als Beispiele nenne ich die Themenkomplexe: Energieversorgung, Abfallbeseitigung und -entsorgung, Umweltprobleme, Arbeitslosigkeit, Ausländerintegration, Information und Kommunikation.

Die Technische Hochschule Darmstadt ist aufgrund ihres in der hessischen Universitätslandschaft einmaligen Fächerkanons in besonderem Maße gefordert und geeignet, Beiträge zur Lösung der anstehenden Probleme zu leisten: Das Kernstück ihres Fächerkanons bilden die „Motoren“ der Technisierung: die naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer, die angewandten Naturwissenschaften und die Ingenieurwissenschaften. Je mehr sich aber das Bewußtsein für die möglichen Folgen und Gefährdungen durch Technik entwickelt, desto stärker werden die „Randfächer“ unserer Hochschule in die wissenschaftliche Mitverantwortung gezogen und bei der historischen, ethischen, sozialwissenschaftlichen, ökonomischen und juristischen Begleitung der Technisierung beansprucht. Das eine fordert das andere, wenn wir diese Balance nicht leisten, haben wir die Probleme, mit denen wir es jetzt zu tun haben.

Ich begrüße deswegen die Initiative der hessischen Landesregierung, durch gezielte Forschungsförderung die Beschäftigung mit akuten Problemen nun auch in Hessen in Gang zu setzen. Wir werden gewiß versuchen, uns ein ordentliches Stück aus dem – wie ich hoffe – zur Verteilung gelangenden Kuchen zu sichern – immerhin wurde ein neuer Haushaltstitel dafür geschaffen! Ich sehe für unsere Hochschule aussichtsreiche Möglichkeiten, Forschungsschwerpunkte wenigstens auf folgende Gebiete zu setzen, die in der Diskussion sind: Einmal im zentralen Bereich die Entwicklung eines Instituts für Material Science, nicht in dem engen Sinne von Materialkunde, sondern im Verbund mit Chemie, Physik und Ingenieurdisziplinen. Zweitens wird die Informationstechnologie in der ganzen Breite ihrer verschiedenen Gliederungen zu fördern sein. Für den dritten Bereich stehen die Schlagwörter Computeraided Design und Computeraided Manufacturing. Ich hoffe, daß wir ein Fraunhofer-Institut in Darmstadt aufbauen können. Und schließlich werden wir uns den Folgen der gesellschaftlichen Verflechtung von technischer Entwicklung und sozialem System stellen müssen. Die Freiräume der Universitäten im Bereich Forschung sind über viele Jahre hin immer mehr eingeengt worden. Dies ist die direkte Folge etwa der ständig ange-

wachsenden Lehrbelastung, einhergehend mit Personalabbau und Mittelverknappung. Momentan wird diskutiert, daß wir die Lehrverpflichtung der Professoren von 8 auf 10 auf 12 Semesterwochenstunden anheben sollen, auf Zeitprofessuren verwiesen werden, auf Einnahmesteigerungen. Dann kommen natürlich wieder die Ladenhüter von den Trimestern etc. Dies hilft alles wenig. Wir müssen die Defizite in der Grundausstattung beheben, ehe wir etwas daraufbauen, wir müssen zuerst die Fundamente sanieren. Wir müssen unsere Probleme lösen und nicht durch Belastung verschärfen. Spitzentechnologie ja, aber wir erreichen die Spitze nur, wenn die Basis stimmt.

Ferner muß gesehen werden, daß die Komplexität der anstehenden Probleme auch die Bildung interdisziplinärer Forschungsgruppen verlangt, für die – und das zeigen alle Erfahrungen mit der etablierten Forschungsförderung – neue Anreize geschaffen werden müssen. Die Technische Hochschule Darmstadt hat das erste Zentrum für Umweltechnologie Anfang der siebziger Jahre eingesetzt, es ist nicht mit einer Mark dotiert worden. Die Technische Hochschule Darmstadt hat den ersten Sonderforschungsbereich für Umweltfragen gegründet, von den Juristen bis hinüber zu den Informatikern. Er ist nicht eingerichtet worden, weil die Deutsche Forschungsgemeinschaft für die Beurteilung eines solchen umfangreichen Sonderforschungsbereiches in den siebziger Jahren (immerhin ist er organisiert worden von Herrn Rinke, der Sachverständiger bei der Bundesregierung war) nicht die entsprechenden Experten gefunden hat. Und die Hochschule hat das erste Zentrum für Angewandte Informatik eingerichtet. Wir haben auch dafür nicht eine einzige Mark gehabt. Erst ein wirksames Anreizsystem, das in die Lage versetzt, die Grenzen des eigenen Faches zu überschreiten und sich mit Methoden und Denkweisen anderer Disziplinen auseinanderzusetzen, wird hier Abhilfe schaffen. Das Fazit heißt also: Kostenneutral, wie die Finanzminister dies momentan fordern, kann in Hessen kein neuer Wind in Sachen Forschung aufkommen. Die Technische Hochschule Darmstadt muß in bestimmten Bereichen erst einmal wieder in den Stand versetzt werden, auf spezielle Landesprogramme überhaupt reagieren zu können.

Noch wissen wir nicht genau, welche Erwartungen in uns gesetzt werden; denn weder sind alle Probleme gleichzeitig anzupacken, noch kann die TH überall optimale Lösungen anbieten oder finden. Die Landesregierung wird und muß Prioritäten setzen. Anhand dieses Prioritätenkatalogs kann dann die TH ihr Potential prüfen und die Konditionen formulieren, unter denen Lösungsvorschläge erarbeitet werden können.

Auf der anderen Seite gibt es an der THD etablierte renommierte Forschungsschwerpunkte. Die Landesregierung darüber aufzuklären und aufzuzeigen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um erarbeitete Positionen zu erhalten oder auszubauen und damit die Forschungspolitik in diesem Lande aktiv mitzugestalten, ist Aufgabe der Hochschule.

Dennoch sollten die Intentionen der Landesregierung für uns ein Anstoß sein, unsere inneruniversitäre Forschungspolitik zu durchleuchten, zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren. Auch wenn zusätzliche Investitionsmittel bereitge-

stellt werden sollten, wird sich an dem generellen Problem nichts ändern, daß die Ressourcen für die Forschung immer knapper werden. Daraus ergibt sich die notwendige Konsequenz, daß künftig nicht jede Forschungsaktivität in gleichem Maße wird gefördert werden können. Trotz der Notwendigkeit, die wir schon lange erkannt haben, Schwerpunkte in der Forschung setzen zu müssen, darf die individuelle Freiheit von Forschung und Lehre nicht angetastet werden. Dies impliziert eine personelle und sachliche Mindestausstattung jeder Professur.

Alle Maßnahmen zum Thema „Akzentuierung der Forschung“ müssen sicherstellen, daß das Forschungspotential der Hochschule stets lebendig bleibt. Die Flexibilität, mit der eine Universität auf aktuelle Trends in der Forschung zu reagieren vermag, wird ein wesentlicher Wechsel auf ihre Zukunft sein: Der kalkulierte Mut zum Risiko wird in verstärktem Maße eine Maxime künftiger Forschungspolitik werden müssen.

Aufgrund dieser Überlegungen müssen wir unterscheiden zwischen kurzfristigen Maßnahmen, die auf die Initiativen der Landesregierung eingehen, und der Entwicklung eines langfristigen Forschungskonzepts für die neunziger Jahre, das den wissenschaftlichen Standard der Technischen Hochschule Darmstadt unter den veränderten Bedingungen des technologischen Wandels sichern kann. Die Diskussion über den künftigen forschungspolitischen Kurs unserer Hochschule hat am Ende des Sommersemesters 1984 im Ständigen Ausschuß für Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses begonnen. Wir planen, diese Diskussion demnächst weiterzutragen in die Fachbereiche und zentralen Einrichtungen. Die Ergebnisse der Rückmeldungen und Beiträge unserer Wissenschaftler sollen das empirische Fundament begründen, auf dem die zuständigen Gremien die notwendigen Entscheidungen treffen werden. Untrennbar verbunden mit der Forschungspolitik der Zukunft ist die Fort- und Weiterentwicklung der Lehre; denn veränderte wissenschaftliche Konzepte, die mehr als vorübergehende Seifenblasen sein sollen, erfordern notwendig Konsequenzen in der Ausbildung.

Entscheidungshilfen und Denkanstöße für die Bewältigung der auf uns zukommenden Aufgaben erwarteten wir von einer Studienreise in die USA, die wir im Frühjahr dieses Jahres unternommen haben. Wir wollten vor Ort erfahren, wie die Universitäten in den Vereinigten Staaten konkret mit den Fragestellungen und Problemen umgehen, die auf uns mit einer geringen Verspätung zukommen. Unsere interdisziplinär besetzte Reisegruppe bestand aus Frau Professor Dr. Evelies Mayer, Soziologie, Professor Dr.-Ing. Hans Strack, Mikroelektronik, Regierungsdirektor Dr. Hanns Seidler und Frau Elisabeth Sundermann, beide Referenten in der Präsidialverwaltung, und mir. In 10 Tagen wurden in über 50 Gesprächen mit mehr als 60 Gesprächspartnern Fragen bezüglich der Intention, der Inhalte, des Umfangs und der Organisation der Ingenieurausbildung diskutiert. Die Reise wurde durch einen Zuschuß des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ermöglicht, dem auch an dieser Stelle Dank für seine Unterstützung gesagt sei. Jedes Reiseprogramm an amerikanische Hochschulen stellt notwendig eine Auswahl dar aus der quantitativ wie qualitativ fast verwirren-

den Fülle der Hochschuleinrichtungen in den USA. Nach intensiven Materialrecherchen und einer umfangreichen Korrespondenz mit einer Vielzahl von Ausbildungsinstitutionen entschloß sich die Reisegruppe, sowohl solche Universitäten zu besuchen, die zu den „top ten“ der amerikanischen Rangliste gehören, als auch solche, die eher den Durchschnittstypus der amerikanischen Universität repräsentieren. Wir entschieden uns schließlich für folgende Institutionen: Massachusetts Institute of Technology, Cambridge; The George Washington University, Washington; The American University, Washington; American Society for Engineering Education, Washington; University of Washington, Seattle; University of California, Berkeley; Stanford University, Stanford.

Unser besonderes Augenmerk galt vier Themenkomplexen, zu denen in den USA mit dem dortigen offeneren Universitätssystem eine Vielzahl von positiven, aber auch negativen Erfahrungen vorliegt: 1. Interdisziplinäre Lehre und Forschung; 2. Schwerpunktprogramme und Zentren; 3. Weiterbildung; 4. Kooperation mit der Industrie. Die Fülle der Eindrücke, die wir auf der Reise sammeln konnten, ist in einem umfangreichen Bericht strukturiert und festgehalten worden, mit dem wir die Diskussion in der Hochschule anzuregen hoffen. Das lebhaftere Interesse von Hochschullehrern und Wissenschaftlern an den Ergebnissen der Untersuchung zeigte sich anlässlich zweier Workshops, die von den Teilnehmern der Reise veranstaltet wurden. Ich möchte Ihnen in kurzen Zügen die Konsequenzen und Vorschläge aufzeichnen, die sich für uns ergeben haben, wobei wir uns durchaus bewußt sind, daß bei weitem nicht alle Erfahrungen des amerikanischen Universitätssystems auf unsere Verhältnisse übertragbar sind.

1. Für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ingenieur-, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaftlern in der Lehre kann die Universitätsverwaltung lediglich Rahmenbedingungen setzen (z. B. durch die Verankerung eines fächerübergreifenden Studienanteils in den Studienordnungen). Die Entwicklung eines Lehrprogramms muß vom Engagement der Hochschullehrer selbst getragen werden. Dabei muß sich die Organisation eines fächerverbindenden Lehrprogramms in die jeweils gegebene Universitätsstruktur einfügen. Sie kann nicht zentral erfolgen und kann auch nicht von einem Fachbereich alleine ausgehen. Zu den Rahmenbedingungen, die die Universitätsverwaltung für den Ausbau eines fächerverbindenden Lehrangebots bereitstellen sollte, gehört neben der organisatorischen Unterstützung auch ein finanzielles Anreizsystem. Zu denken ist dabei daran, daß Fachbereiche, in denen Hochschullehrer solche Lehrveranstaltungen entwickeln und durchführen, als Äquivalent für das eingesetzte Stunden-deputat bezahlte Lehraufträge erhalten. Auch sollten finanzielle Mittel und Hilfskraftstunden für die Entwicklung von Lehrveranstaltungen bereitgestellt werden, wobei natürlich der Nachweis erbracht werden muß, mit welchem Ergebnis diese Mittel eingesetzt wurden.

Für die fächerverbindende Zusammenarbeit in Lehre und Forschung sollten neben den finanziellen Vorleistungen der Hochschule auch Formen der privaten Finanzierung durch Spenden und Stipendien genutzt werden.

Will man es in der interdisziplinären Ergänzung der jeweiligen Fachausbildung

nicht bei Lehrveranstaltungen bewenden lassen, die isoliert voneinander in verschiedene Disziplinen einführen (z. B. Wirtschaft und Recht), dann müssen neue Lehrprogramme gemeinsam von Hochschullehrern verschiedener Wissenschaftsbereiche entwickelt werden. Ein interdisziplinäres Lehrprogramm, das auch für die Zukunft Bestand hat, muß einen festen Kern von qualitativ hochstehenden, interdisziplinär organisierten Lehrveranstaltungen haben, um den sich andere Veranstaltungen mit wechselnden Thematiken gruppieren können. Das fächerverbindende Lehrangebot sollte sich von den Veranstaltungen in einzelnen Fachdisziplinen unterscheiden, die von Studenten aller Fachrichtungen besucht werden können.

Das Ziel, bei Studenten ein Verständnis für Disziplinen außerhalb ihres Wissenschaftsbereichs zu fördern, sollte durch die Verpflichtung der Studenten zum Besuch von Lehrveranstaltungen aus anderen Wissenschaftsbereichen und durch die Möglichkeit verfolgt werden, im Hauptstudium im Wahlfachbereich auch Fächer eines anderen Wissenschaftsbereichs belegen zu können.

Eine fundierte interdisziplinäre Lehre ist auf gemeinsame Forschung der beteiligten Disziplinen angewiesen. Auch hier könnten finanzielle Vorleistungen („seed money“) den Start in ein noch unbekanntes Forschungsfeld erleichtern.

Die Ergebnisse der interdisziplinären Zusammenarbeit von Hochschulangehörigen in Lehre und Forschung sollten regelmäßig publiziert und in der Hochschulöffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden.

2. Ohne institutionelle Hilfestellung wird sich interdisziplinäre Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen nur schwer verankern lassen. Hier können die amerikanischen Erfahrungen mit Programmen und Center-Bildung Anregungen geben. Sie machen es möglich, im Rahmen der traditionellen Hochschulstruktur flexibel auf neue Fragestellungen und Anforderungen einzugehen.

Die Initiative zur Schaffung eines institutionellen Rahmens für interdisziplinäre Forschung und Lehre sollte nicht von „oben“ ausgehen. Sie muß – wenn das Vorhaben erfolgreich sein soll – von „unten“ kommen, also von den Wissenschaftlern und/oder Fachbereichen selbst ausgehen.

Um nicht zu früh neue Institutionen zu schaffen, die an deutschen Hochschulen – anders als in den USA – in der Regel unabhängig von ihrem wissenschaftlichen Erfolg zu Dauereinrichtungen werden, können zunächst interdisziplinäre Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der gemeinsamen Programme gebildet werden.

Ob Arbeitsgruppe, Programm oder Zentrum – funktionsfähig werden alle Formen der interdisziplinären Zusammenarbeit nur unter folgenden Bedingungen:

- die finanzielle und personelle Grundausrüstung durch Hochschule, Bund/Land und/oder Drittmittelgeber ist gesichert;
- ein „Anreizsystem“ garantiert den Hochschullehrern Entlastung im üblichen Hochschulbetrieb und/oder zusätzliche Mittel/Mitarbeiter für die Beteiligung an interdisziplinärer Forschung und Lehre.

Die Ergebnisse dieser Arbeit sollten regelmäßig auf ihre Umsetzbarkeit in die Lehre überprüft werden, um beide Bereiche – Forschung und Lehre – mög-

lichst eng zu verkoppeln. Über die Arbeit der interdisziplinären Arbeitsgruppen/Programme/Zentren sollten Hochschule und Öffentlichkeit regelmäßig informiert werden.

3. Auch deutsche Hochschulen werden sich in Zukunft der Aufgabe der Weiterbildung nicht entziehen können. Sie müssen dazu ihr spezifisches Aufgabenfeld definieren, das nicht in der Konkurrenz zu den bestehenden Programmen und Trägern von Weiterbildungsangeboten bestehen kann.

Voraussetzung für die Abgrenzung des eigenen Aufgabenbereichs ist eine sorgfältige Analyse des Personenkreises, der für hochschuleigene Weiterbildungsangebote in Frage kommt, sowie der Interessen und der möglichen wünschenswerten Formen von Weiterbildungsmöglichkeiten.

Auf dem Gebiet der mediengestützten Weiterbildung verfügen amerikanische Hochschulen heute über langjährige Erfahrungen und ausgearbeitete Programme. Diese Erfahrungen sollten sich deutsche Hochschulen zunutze machen und in einer eigenen Pilot-Einrichtung auf ihre Übertragbarkeit in das deutsche Hochschulsystem überprüfen.

Ausschließlich über Medien vermittelte Weiterbildung ist – wie amerikanische Untersuchungen zeigen – weniger erfolgreich als solche Formen, in denen den Teilnehmern Kontakt und Rückkoppelung zu den Lehrenden ermöglicht wird. Derartige Formen sollten deshalb in Deutschland von vornherein bevorzugt entwickelt werden.

Bedarf besteht auch in Deutschland an forschungsgestützten, hochschuleigenen Weiterbildungskursen für das technische/ökonomische Management in der Wirtschaft. Diese Angebote müssen sich durch hohes wissenschaftliches Niveau auszeichnen, so daß sie den Ruf der veranstaltenden Hochschule mitprägen und die Teilnahme am Programm für Industriemanager zu einer Auszeichnung machen.

4. Die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Industrie in der Bundesrepublik wird heute kaum noch bestritten. Dies beweist die anhaltende Diskussion über mögliche Formen der Technologie oder des Wissenschaftstransfers ebenso wie die Einrichtung großer Institute zur Förderung von Zukunftstechnologien, die ohne die erhebliche finanzielle Beteiligung von Industrieunternehmen nicht zustande gekommen wären. Nur vergessen wir bei all dieser Diskussion nicht, daß 90 Prozent der amerikanischen, als Vorbild hingestellten, Einrichtungen Flops waren. Ein Bankrott in Amerika ist etwas anderes als ein Bankrott in Deutschland. Hier stehen wir in einem anderen Bezugsrahmen. Wir müssen bei all diesen neuen Programmen und Entwicklungen sehr vorsichtig sein. Ich habe meine Zweifel, ob an den Universitäten Geniehelden von gründungswilligen Unternehmern ruhen, und ich bin auch der Meinung, daß Universitäten nicht abhängig werden dürfen von Einzelinteressen, sie müssen in der Lage sein, Forschung und Lehre selbst zu verantworten.

Besonderes Augenmerk sollte dabei den sogenannten Affiliate Programs geschenkt werden, deren Konzept ohne großen Aufwand von deutschen Hochschulen zu übernehmen wäre. Sie sind ein flexibles, leicht zu handhabendes In-

strument zur Verstärkung des Kontaktes zwischen Hochschule und Wirtschaft; dies insbesondere unter Berücksichtigung des regionalen Bezugs und der Einbindung von Klein- und Mittelunternehmen in das Informationssystem von Hochschulinstitutionen und -einrichtungen.

Im Rahmen solcher Programme lassen sich Formen des Personaltransfers zwischen Hochschule und Wirtschaft erproben. Sie können in Forschungsaufhalten von Mitarbeitern der Industrie an Hochschulinstitutionen bestehen oder Hochschullehrern die Möglichkeit zur zeitlich begrenzten Arbeit in den Forschungseinrichtungen der Industrie eröffnen (sabbaticals).

Die Umsetzung dieser Anregungen und Vorschläge in die Hochschulpraxis könnte entscheidend dazu beitragen, daß die Universitäten sich der Herausforderungen der 90er Jahre gewachsen zeigen und aktiv an der Bewältigung der schwierigen Zukunftsprobleme mitwirken. Die zunehmende Aushöhlung der „Freiheit von Forschung und Lehre“ durch staatliche Eingriffe und gesellschaftliche Erwartungen erfordert eine Neudefinition dieses Begriffes, eine Ausfüllung mit neuem Inhalt, um das Humboldtsche Universitätsideal von Forschung in „Einsamkeit und Freiheit“ mit der notwendigen Solidargemeinschaft der Zukunft zu versöhnen. Wir werden uns bemühen, die Technische Hochschule Darmstadt zu einem Vorort solcher zukunftsorientierter Universitäten zu machen, die bereit und in der Lage sind, den Prozeß umwälzender technischer Entwicklungen, in dem wir uns befinden, und seine Auswirkungen auf die gewachsene Umwelt, auf das soziale Gefüge, auf das Verhältnis von Kapital und Arbeit mitzuvollziehen und mitzugestalten.

Wer sich auf die Entwicklung inhaltlicher Vorgaben konzentriert, dem erscheinen formal Fragen zweitrangig. Dennoch möchte ich abschließend noch kurz auf ein Problem eingehen, das derzeit öffentlich diskutiert wird und das geeignet ist, in den Hochschulen überwundene Grabenkriege wieder aufflackern zu lassen. Ich meine die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, die sich die Bundesregierung vorgenommen hat. Ende 1983 hat eine vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft eingesetzte Expertenkommission ihren Bericht vorgelegt, der offensichtlich von dem Bemühen getragen war, bei der Durchsetzung konservativer Positionen in der Hochschulstruktur zwar zielsicher, aber maßvoll vorzugehen. Aufgrund des harmonisierenden, zurückhaltenden Tones, in dem der Bericht abgefaßt war, hat er allgemein eine gleichmütig-freundliche Aufnahme gefunden und wenig öffentliche Aufmerksamkeit erregt.

Nun aber liegt der Vorentwurf zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vor, und er ist am vergangenen Montag, wohl ziemlich unverändert, als Regierungsentwurf eingebracht worden, der noch in diesem Jahr im Kabinett beraten werden soll. Er zeichnet sich durch einen völlig anderen Tenor aus als der Expertenbericht, aus dem nur ein bescheidener Teil der Empfehlungen in den Vorentwurf eingegangen ist. Seine eindeutig rückwärtsgerichtete Tendenz wird vor allem in den die Personalstruktur der Hochschulen betreffenden Paragraphen deutlich: dem Primat des Professors entspricht die absolute Abhängigkeit des wiedererstandenen wissenschaftlichen

Assistenten, der freilich den Dokortitel bereits mitbringen soll, vom Wohlwollen „seines“ Ordinarius. Ich möchte nicht auf die Einzelheiten des Gesetzentwurfs eingehen, der ja erst noch die parlamentarischen Hürden nehmen muß, zu dem sich freilich eine Menge kritischer Anmerkungen machen ließe, sondern ich möchte vor allem auf die Gefahr hinweisen, daß sich mit einem solchen Gesetz die Universitäten wieder in überflüssige, kräftezehrende Auseinandersetzungen verstricken könnten, die wir in den mühsamen Annäherungsversuchen und Kompromissen der zurückliegenden Jahre überwunden haben, und die das Prinzip der Mitverantwortung aller Hochschulgruppen ernsthaft in Frage stellen könnten. Gerade an einer Technischen Hochschule erweisen sich die strukturellen Formen der Universität des 19. Jahrhunderts als ungeeignet für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts, von dem wir heute gleich weit entfernt sind wie von der Studentenrevolte des Jahres 1968. Ich hoffe, daß uns diese Diskussion erspart bleibt, deren Notwendigkeit zwar von niemandem wirklich eingesehen wird, die uns aber jedenfalls von den viel entscheidenderen inhaltlichen Fragen ablenken würde.

Zwei Dinge nur noch zum Abschluß: In Hessen ist das Regieren nicht leichter geworden, damit das Leben an den Universitäten auch nicht einfacher. Wir wollen aber die Herausforderung annehmen, um daraus das Beste zu machen für unsere Technische Hochschule. Zweitens, sehr verehrter Herr Werner, das Lichtenberghaus, das Gästehaus unserer Hochschule, ist insoweit fertiggestellt, daß ich mir wünschen würde, daß das nächste gesellige Beisammensein vielleicht bei uns im Lichtenberghaus stattfinden kann und nicht mehr die Moller-Loge als Aufenthaltsort gewählt werden muß. Ich hoffe, daß auch diese Räume den Freunden unserer Hochschule gefallen werden. Ich danke für Ihr Interesse.

Herr Dr. Werner dankt dem Präsidenten mit folgenden Worten:

Ich darf Ihnen zunächst sehr herzlich für diesen umfassenden Bericht danken und darf Ihnen sagen, daß wir sehr wohl wissen, welche Sorgen Sie haben. Um an das letzte anzuknüpfen: In Hessen ist das Regieren nicht leichter geworden, in Hessen ist das Lehren und Forschen nicht leichter geworden, in Hessen ist das Wirtschaften nicht leichter geworden. Mit anderen Worten, es gibt eigentlich nichts, was in Hessen leichter geworden ist. Ich meine, dies könnte man vielleicht noch dadurch ergänzen: die Geldbeutel sind leichter geworden. Aber sonst, würde ich sagen, wirklich nichts.

Herzlichen Dank, und ich meine, es ergänzt ja in diesem Falle unausgesprochen und unabgesprochen sich das, was Sie, Herr Präsident Böhme, gesagt haben mit dem, was ich versucht habe, kurz darzustellen. Wir müssen einfach versuchen, die Basis zu richten, damit wir darauf bauend das erreichen, was wir erreichen müssen, um nicht „unter fernem Liefen“ eines Tages in der Welt dazustehen. Ich glaube, daß alle Voraussetzungen dazu an sich gegeben sind, denn warum sollten wir plötzlich ein Volk geworden sein, in dem es keine klugen Menschen mehr gibt. Aber diese Voraussetzungen muß man nun einmal auch nutzen, und man darf sie nicht dadurch kaputtreden, daß man sagt, es muß hier erst einmal

alles, wie es so schön heißt, ausdiskutiert werden, ich würde lieber sagen, es muß zu Tode diskutiert werden. Es muß gehandelt werden, und zwar möglichst bald. Nochmals vielen Dank.

Ich darf mich nun auch noch sehr herzlich bedanken bei allen, die dazu beigetragen haben, daß wir heute morgen die Besichtigung des Institutes für Massivbau, das heißt genau, die Institute für Massivbau, Stahlbau, Statik und Wasserbau besichtigen durften. Und ich darf auch danken, daß wir heute in diesem Hörsaal, in einem anderen als dem gewohnten, sein durften.

Lassen Sie mich, Herr Präsident Böhme, noch einen Gedanken aus Ihrem Bericht aufnehmen, der in einem gewissen Zusammenhang mit dem folgenden Festvortrag steht.

Kreative Unruhe, sagten Sie, herrscht jetzt in der Architektur. Ich hoffe, daß die kreative Unruhe dazu beiträgt, doch unsere Städtebilder dann in Zukunft wieder zu verschöneren. Und ich möchte mir doch nicht verkneifen, einen Ausdruck hier wiederzugeben, ich habe ihn mir schnell notiert, der mir in den Sinn kam bei dem Kreativen. Es war Lord Snowdon, der ja uns allen bekannt ist aus einer bestimmten Verbindung, der einmal gesagt hat: „Vermutlich wird man eines Tages zu der Feststellung gelangen, daß die Bomben des Zweiten Weltkrieges eine geringere Zerstörung des Londoner Stadtbildes verursacht haben, als die Produkte der heutigen Architekten.“ Wohlgermerkt, er hat das vor einigen Jahren gesagt. Wohlgermerkt, er hat das für England gesagt. Und wohlgermerkt, ich bin erst angeregt worden dadurch, daß Sie sagen, nun herrscht hier wieder eine kreative Unruhe. Ich hätte das sonst nicht gesagt. Aber ich glaube, wir alle wissen, was damit gemeint ist. Es wäre in der Tat schön, wenn wir anknüpfen würden an das, was wir einmal in der Architektur hatten. Wenn die Hochschule dazu einen Beitrag leistet, werden alle Bürger erfreut aufatmen.

7. Verschiedenes

Da keine Wortmeldungen vorliegen, kann Herr Dr. Werner die Versammlung schließen.

Nach einer Kaffeepause hält Herr Professor Dipl.-Ing. Max Bächer zu Punkt 8 der Tagesordnung den **Festvortrag** mit dem Thema: Architektur der Zeit – Zeit der Architektur? Der Autor hat uns folgende Kurzfassung seines Vortrages zur Verfügung gestellt:

Architektur der Zeit – Zeit der Architektur?

Wenn Architektur der steinerne Spiegel der Zeitgeschichte ist, dann stellt sich die Frage, ob wir so sind, wie unsere gebaute Umwelt aussieht, ob die Steine lügen, oder ob wir ihre Sprache nicht verstehen. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte zeigt, wie stark sich in einer demokratischen Gesellschaft die Wellenbewegung politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Einflüsse auf das bauliche

Geschehen ausgewirkt und unmittelbar das architektonische Erscheinungsbild geprägt haben, das wir so häufig beklagen. Aus dem Schutz des Eigentums und der Stellung des Individuums leiteten sich Abstandsregeln des Bundesbaugesetzes her, die zur Auflösung urbaner Räume führten. Die Übernahme des Wohnungsbaus durch große Siedlungsgesellschaften und die Entwicklung einer leistungsfähigen Fertigteilindustrie ließen Trabantenstädte von unvorstellbarer Monotonie ohne räumliche Konzepte entstehen, die plötzliche „Bildungskatastrophe“ hatte didaktische Konzepte zur Folge, die zum Bau von monströsen Schulkomplexen und Universitäten führten. Das Vatikanische Konzil demokratisierte die Kirche, die nun keine Glockentürme mehr brauchten und ihre Merkmalfunktion im städtischen Ensemble verloren: Architektur der Zeit. Die Protestbewegungen gegen Konsum, Wachstums- und Fortschrittseuphorie überlagerten sich mit der Ölkrise 1973. Erst als die Räder stillstanden wuchs das Bewußtsein, was man verloren hatte und schlug um in Rückbesinnung und Nostalgie. Der Denkmalschutz gewann an Macht, die Konservierung der Vergangenheit nahm museale Züge an.

Aus der Kritik der Modernen Architektur und ihrer Funktionalismusgläubigkeit entstand eine neue Bewegung des Stilpluralismus, der mit allen Tabus der Vergangenheit brach. Die Moderne hatte ihren reformerischen Ansatz festgeschrieben, auch nachdem sie ihre einstige Aufgabe erfüllt hatte. Daraus entwickelte sich zwangsläufig der unscharfe Begriff der „Postmodernen Architektur“, die kein Stil sein will, sondern eine Befreiung von den Dogmen einer von Fachleuten verordneten Architektur. Sie sucht den verlorenen Bezug zur Geschichte ebenso, wie den zu den Bewohnern wieder auf, spielt mit Bedeutungsinhalten und Erinnerungswerten, läßt Zitate, Ironie und Witze wieder zu, eine Architektur, die wieder lächeln darf, eine Zeit der Architektur. Es wird viel Unsinn dabei herauskommen, aber es wird wieder eine humane Architektur entstehen können, eine Architektur als schöpferischer Akt und als ein künstlerisches Ereignis.

Herr Dr. Werner dankt Herrn Professor Bächer für seinen eindrucksvollen Vortrag, der von allen Teilnehmern mit Beifall bedacht wird.

Mit einem geselligen Beisammensein um 20 Uhr in der Loge klingt die diesjährige Hauptversammlung aus.

Dr.-Ing. E. h. Dr. phil. h. c.
Dr. rer. pol. Kurt Werner
Vorsitzender

Ehrenszenator
Dr. rer. nat. Franz Wenzel
Schatzmeister und Schriftführer